

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen einschließlich 8.00 M., unter Anrechnung für Zusendung und Ersterzahlung 2.00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeitspalt mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 146.

Dresden, Mittwoch den 28. Juni 1916

27. Jahrg.

Wilson in der Zwickmühle.

Wilson hat mit seiner mexikanischen Politik eben noch keine Vorbeeren gepflegt. Seine Verlegenheit erklärt sich daraus, daß er in das Dilemma gezwungen ist, aber es umzuwandeln weder Lust noch vielleicht auch Fähigkeit hat. Nichtsdestoweniger hat er, indem er Cuerta als Nachfolger des ermordeten Madero anerkennen sich weigerte, in Mexiko eingegriffen, ohne die Macht zu haben, eine ihm genehme Regierung zu erzwingen.

Die Lage ist undurchsichtig genug. Sicher ist nur, daß an der ausgedehnten amerikanisch-mexikanischen Grenze Schärfe herrscht, bei denen die Mexikaner die Angreifer waren und die Schöne Tafel Sams nicht glänzend abschneiden haben.

Die Feindseligkeiten — von solchen darf bereits gesprochen werden — haben mit einem Angriff der Truppen Wilsons auf amerikanisches Gebiet begonnen. Darauf ist General Pershing mit 15 000 Mann zur Verfolgung der Eindringlinge aufgebrochen. Seine Aufgabe war, in Gemeinschaft mit den Truppen des von Wilson anerkannten Präsidenten Carranza Villa und seine Vanden endgültig zu vernichten. Es das gelungen ist, steht dahin: der Tod Wilsons wurde gemeldet. Aber siehe da: Nun, wo die Amerikaner eine Sicherung ihrer Nachschubs- und Rückzugswegen fast 30 Kilometer tief in der nordamerikanischen Ebene sehen, verlangt Carranza den Rückzug der Amerikaner, und seine Truppen schlagen sich bereits mit ihnen, statt mit ihnen zu kooperieren.

In der Stellung der Vereinigten Staaten zu der südlichen Nachbarrepublik offenbaren sich die zahlreichen widerstreitenden Tendenzen, die heute die Politik der westlichen Welt beherrschen und die bei der rasch wachsenden weltweiten Bedeutung der nordamerikanischen Union eine eingehende Darstellung wohl verdienen.

Die Vereinigten Staaten mühten sich erst selbst befähigen und kapitalistisch durchzubilden, ehe sie über ihre Grenzen hinaus zu wirken versuchen konnten. Aus Europa bezogen sie Geld und Rente und tragen noch heute die Spuren dieser Einwirkung an sich. Das Aufsteigen der Vorkriegs-Amerikaner, mehr noch die Bildung ziemlich abgeschlossener Siedlungen von Einwanderern nach ihrer völkischen Zugehörigkeit sowohl in den großen Städten wie in den Staaten beweisen, daß die nationale Ausprägung, die Amerikanisierung der Einwanderer weder nach Ursache noch viel weniger nach dem kulturellen Leben vollkommen ist. Noch bedeutsamer ist, daß die nordamerikanische Union vor dem Kriege an Europa stark verhängt und zurückhängig war, daß nicht der ganze Ertrag der nationalen Arbeit im Lande blieb und eine großzügige Kapitalausfuhr als Selbstzweck und zur Unterstützung des Fabrikatenexportes unumgänglich war. Wir sind selbst so überreichlich beschäftigt, waren die Vereinigten Staaten fakturiert, will sagen mit Leuten und Land gefüllt, wie etwa Deutschland in der Zeit nach den großen Einigungskriegen von 1870 bis 1890.

Aber schon seit fast zwei Jahrzehnten drängen sich andre wirtschaftliche und wirtschaftliche Strömungen vor. Die amerikanische Industrie, deren Entwicklung als Beispiel des wirtschaftlichen Aufstieges gilt, neigt den europäischen Wettbewerbern die Märkte und die industrielle Ausbeutung Südamerikas und Afrikas. Einen ersten Charakter nehmen diese Bestrebungen aber erst jetzt an, da die Vereinigten Staaten im Kampf des blutigen Ozeans in Europa enttäuscht und an die Einrichtung eigener Schiffabteilungen schritten. Wenn gleichwohl, so auch jetzt in der neuen Zeit, aus der Tatsache, daß die amerikanische Ausfuhr nach diesen Ländern im ersten Kriegsjahre eine absolute Verminderung erlitten hat — wie wissen nicht, ob es auch im zweiten Kriegsjahre der Fall ist —, gefolgert wird, daß die „amerikanische Gefahr“ keineswegs beseitigt ist, so ist das voreilig. Denn es kommt auch sehr auf die Stellung an, die die Vereinigten Staaten neben ihren Nebenbuhlern einnehmen, ob sie sich unentbehrlich machen und dauernde Geschäftsverbindungen anknüpfen. Im Augenblick gibt es nur noch ein großes Hindernis für den dauernden Erfolg der Yankee: die Abhängigkeit der südamerikanischen Staaten von Europa als Absatzmarkt ihrer Rohprodukte. Damit ist auch für Europa ein erheblicher Nachteil verbunden, weil keine Schiffe an der Fahrt von Südamerika nach Europa viel verdienen.

Daß als Folge dieser wirtschaftlichen Tendenzen der Panamerikanismus als ideale Verherrlichung des Strebens nach politischer und ökonomischer Obergehung der Vereinigten Staaten entsteht, daß zum Schutz amerikanischer Kapitalisten eine mächtige Flotte gebaut wurde, daß die Erwerbung von Kolonien das alte demokratische Bekenntnis zur freien Selbstbestimmung der Völker in den Hintergrund drängte, ist ganz selbstverständlich. Aber gewisse Besonderheiten verhindern doch, daß der brutale Imperialismus ganz freies Feld erhalten hat, und eben diese führen uns zur merikanischen Frage zurück. Die amerikanische Regierung befindet sich in einem fatalen Zwiespalt: auf der einen Seite das Verlangen nach dem Schutze amerikanischen Eigentums und amerikanischer Flieger in Mexiko, auf der anderen Seite die Scheu vor einem Kolonialkrieg, langen, vielleicht auch blutigen Kleinkriege, vor einer Verhärtung der Rassenfeindschaften, vor dem Verluste aller Sympathien im übrigen Amerika.

Starke erfolglose Angriffe auf Fleury. — Russische Stellungen erstürmt. Luftkämpfe im Osten. — Liebtnecht vor dem Kriegsgericht.

(W. T. A.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 28. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Vom Anlauf von La Bassée bis südlich der Somme machte der Gegner unter vielfachem starkem Artillerieeinwurf sowie im Anschluß an Sprengungen und unter dem Schutze von Rauch- und Gaswolken Erkundungsvorstöße, die mühselos abgewiesen wurden. Auch in der Champagne scheiterten Unternehmungen größerer feindlicher Abteilungen nordöstlich von Le Mesnil.

Links der Maas wurden am „Toten Mann“ nachts Handgranatenaufstellungen des Gegners abgewehrt.

Rechts des Flusses haben die Franzosen nach etwa 12-tägiger heftiger Feuerberechtigung gestern den ganzen Tag über mit starkem, zum Teil neu herangeführten Kräften die von uns am 23. Juni eroberten Stellungen auf dem Höhenrücken „Katte Erde“, das Dorf Fleury und die östlich anschließenden Linien angegriffen. Unter ganz außerordentlichen Verlusten durch das Sperrfeuer unserer Artillerie und im Kampfe mit unserer tapferen Infanterie sind alle Angriffe restlos zusammengebrochen.

Luftkämpfe am Eingange zum Rigaischen Meerbusen.

Berlin, 28. Juni. Amtlich. Am 26. Juni zwang eines unserer Marineflugzeuge im westlichen Eingange zum Rigaischen Meerbusen im Kampfe mit fünf russischen Flugzeugen eines derselben zur Landung. Im Verlaufe eines weiteren Luftkampfes, der sich zwischen fünf deutschen und ebensoviele russischen Flugzeugen in derselben Gegend abspielte, wurden zwei feindliche Flugzeuge schwerbeschädigt landen. Eines unserer Flugzeuge ging infolge Treffer in den Propeller auf das Wasser nieder und wurde versenkt. Die Besatzung wurde von anderen deutschen Flugzeugen aufgenommen und nach ihrem heimatischen Stützpunkte gebracht. Obwohl die Flugzeuge heftig von Beschützen beschossen wurden, sind sämtliche Piloten und Beobachter unversehrt zurückgekehrt.

Die Verhandlung gegen Liebtnecht.

Berlin, 28. Juni. Die kriegsgerichtliche Verhandlung im Prozeß gegen Karl Liebtnecht hat heute vormittag 9 Uhr im Militärgerichtshof in der Leichter Straße begonnen. Das Gericht ist besetzt mit einem Major als Vorsitzenden, zwei Kriegsgerichtsräten, im Zivilberufe Rechtsanwälte, von denen einer die Verhandlung führt, ferner einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht der Rechtsanwalt W. v. S. als Verteidiger zur Seite. Nach dem Auftritte der Zeugen und Dolmetscher, der Verteidigung der Richter und Feststellungen der Personalien des Angeklagten wurde die Anklageverfügung verlesen, die in der Hauptsache wie folgt lautet: Der Angeklagte, begangen im Felde (d. h. während des Kriegszustandes) und Widerstands gegen die Staatsgewalt lautet: Hiernach beantragte der Vertreter der Anklage während der Dauer der Sitzung und auch während der Verhandlung über diesen Antrag die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte protestierte gegen den letzten Teil des Antrages. Nach § 256 der Militärstrafgerichtsordnung muß jedoch die Verhandlung über die Ausschließung der Oeffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Der Saal wurde demgemäß von den Zuhörern geräumt. Nach erfolgter Beratung wurde die Oeffentlichkeit wiederhergestellt und der Beschluß des Gerichts dahin verlesen, daß die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Staatssicherheit für die weitere Verhandlung ausgeschlossen sei. Auch die Zulassung von Berichtern der Presse kam nicht in Frage, da nach § 18 des Einführungs-gesetzes zur Militärstrafgerichtsordnung Berichte über die Verhandlungen durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn die Oeffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen war. Die Verkündung des Urteils hat nach dem Gesetz in öffentlicher Sitzung stattzufinden.

Ein feindlicher Flieger wurde bei Douaumont abgeschossen. Am 25. Juni hat Leutnant Schudorf bei Raucourt (nördlich von Romenn) sein siebentes feindliches Flugzeug, einen französischen Doppeldecker, außer Gefecht gesetzt.

Wie sich bei weiterer Untersuchung herausgestellt hat, trifft die Angabe im Tagesberichte vom 23. Juni, unter den gefangenen Angreifern auf Karlsruhe hätten sich Engländer befunden, nicht zu. Die Gefangenen sind sämtlich Franzosen.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Bei der Speeresgruppe des Generals v. Linzinger wurde das Dorf Einewka (westlich von Sokul) und die südlich des Dorfes liegenden russischen Stellungen mit fürmender Hand genommen.

Somit keine wesentlichen Veränderungen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Außer Artilleriekämpfen zwischen Barbar- und Doiran-See ist nichts zu berichten.

Oberste Seeresleitung.

Keine U-Boote bei der Seeschlacht am Stagerat verlorengegangen.

Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) Die immer wiederkehrende englische Behauptung, auch von offizieller Seite, daß eine größere Anzahl von deutschen Unterseebooten während der Seeschlacht vor dem Stagerat vernichtet worden sei, ist völlig aus der Luft gegriffen. Es hat kein einziges deutsches U-Boot an der Seeschlacht teilgenommen und es konnte daher während der Seeschlacht auch kein verloren gehen. Auch sind sämtliche zur Zeit der Seeschlacht in See geweienen U-Boote wohlbehalten zurückgekehrt.

Eine Richtigstellung des Parteivorstandes.

In der Generalversammlung der Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Großberlin ist am Sonntag u. a. auch gesprochen worden von den Grundfragen, die die Parteimehrheit, die Reichslagsfraktion und der Parteivorstand veranlassen sollen. Dem Vorwärts wurde dagegen ausdrücklich die volle Anerkennung ausgesprochen für seine Bemühungen, die Grundfrage der internationalen Sozialdemokratie hochzuhalten. Daß ihm das nicht leicht gemacht wird, müssen die Leser des Vorwärts ohne weiteres aus den Äußerungen des Redakteurs Dämmig schließen, der nach dem Bericht des Vorwärts u. a. gesagt hat:

„Unsere grundsätzliche Anschauung mußte und natürlich mehr und mehr in Gesehah zur Mehrheit der Fraktion und des Parteivorstandes bringen. Der Gegenstand hat sich dahin zugespitzt, daß der Parteivorstand verkant, die Redakteure sollen ihre eigene Meinung in die Tasche stecken und doch vertreten, was er als ihr Auftraggeber von der Redaktion verlangt.“

Wenn der Redakteur Dämmig eine solche Behauptung aufgestellt hat, so hat er die Unwahrheit gesagt. Nichts ist der Vorwärts-Redaktion vom Parteivorstand derartiges zugemutet worden.

Wahr ist vielmehr, daß der Parteivorstand vom Vorwärts, der zu lebhaften Beschwerden wegen seiner Haltung triftigen Anlaß gegeben hatte, bereits im September 1914 verlangte:

1. Der Vorwärts soll wie bisher dem Kurrapatriotismus und chauvinistischen Treiben entgegenwirken;
2. er soll wie bisher die Annexionsgefühle bekämpfen;

3. er soll sich in seinen Berichten über Kriegsgeschehnisse, Gefangenen- und Verwundeten-Behandlung der größten Objektivität befleißigen;

4. er soll auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegwandend die Arbeiterinteressen vertreten.“

Noch einmal hat der Parteivorstand sehr energisch in einer Redaktionsangelegenheit Stellung nehmen müssen. Der Vertreter der Vorwärts-Redaktion hatte sich der Behörde gegenüber schriftlich verpflichtet:

„Ich kann versichern, daß ich dem Wunsche, daß die Einheitslichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde und glaube daher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben.“

Gegen ein solches Verhalten mußte der Parteivorstand Verwahrung einlegen. Gleichzeitig hat er in einer Eingabe an den stellvertretenden Reichsfanzler entschieden betont, daß der Presse unter keinen Umständen derartige Zumutungen gestellt werden dürften.

Der Parteivorstand hat also, weit entfernt, dem Vorwärts irgendwelche Opfer der Ueberzeugung zugumuten, ganz entschieden Verwahrung eingelegt gegen das geschilderte behördliche Verlangen und ist für die Selbständigkeit der Vorwärts-Redaktion, die nicht durch das unbegreifliche Verhalten eines ihrer Mitglieder gebunden werden kann, eingetreten.

Genosse Dämmig hat, nachdem er die grundsätzliche Uebereinstimmung der Vorwärts-Redaktion mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft festgestellt, weiter erklärt:

„Der Parteivorstand trat mit einem sehr geharnischten Protest gegen die Arbeitsgemeinschaft hervor, den wir ja veröffentlichten mußten. Wir sind der Meinung, daß die der Arbeitsgemeinschaft angedehnten Genossen daselbst Recht haben wie die